

Arbeitsgrundlagen: Schwarz/neutral = bestehendes Programm
farbig: Neu, Rot: zu streichen.

Kommunales Parteiprogramm

Am 27. September 2009 hat die Piratenpartei Deutschland mit großem Erfolg an der Wahl zum Deutschen Bundestag teilgenommen. In Neustadt an der Weinstraße wurde ein Ergebnis über dem Bundesdurchschnitt errungen. Die Piratenpartei steht für die Bewahrung und Gewährleistung von Freiheit und Demokratie. Unter dieser Überschrift versammeln wir ein weites Spektrum einzelner Themenbereiche, wie zum Beispiel bürgernahe Politik und die Abschaffung bestehender und Verhinderung neuer Zensur- und Überwachungsmaßnahmen. Hierzu gehören auch offene Standards und quelloffene Software in kommunalen Behörden, die Stärkung der Internetkompetenz der Bürger, die Schaffung von Internetzugängen unabhängig vom Wohnort und ein ernst gemeinter, echter Datenschutz für alle Menschen. All dies basierend auf freiem Zugang zu Kultur, Wissen und Bildung. Viele dieser Themen müssen auf kommunaler Ebene beantwortet werden. Mit dem Resultat der Bundestagswahl im Hinterkopf und dem Anspruch, eine Partei auf allen Ebenen der Politik zu sein, haben wir, die PIRATEN des Kreisverbandes Mittelhaardt, dieses Parteiprogramm beschlossen.

Bürgerbeteiligung und politische Transparenz

Die Piratenpartei versteht sich als Bürgerrechtspartei im Informationszeitalter. Ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Bürgerrechte ist es, dem Bürger mehr Möglichkeiten zu bieten, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Um der Stimme des Bürgers Gehör zu verleihen, setzt sich die Piratenpartei Mittelhaardt für folgende Punkte ein:

- Online-Mitzeichnungsmöglichkeiten von Bürgerbegehren für eine unbürokratischere Mitgestaltung der Politik durch den Bürger
- Entscheidungsprozesse aller gewählten Gremien transparent nach außen darstellen
- Berücksichtigung von Empfehlungen ausschließlich auf Basis der Sachkunde anstatt Partei- oder Lobbyzugehörigkeit

-> Einführung von Bürgerhaushalten in den Kommunen

Das zentrale Anliegen der Piratenpartei ist der „Gläserne Staat statt des gläsernen Bürgers“. Ein gläserner Staat ist transparent in seiner Arbeit und dient ausschließlich dem Gemeinwohl der Bürgergemeinschaft.

Dazu zählen:

- Transparenz statt geheime Absprachen
- Bürgerwille statt Regieren von oben

Wir bieten jedem engagierten Bürger die Möglichkeit, zu einer besseren Politik beizutragen. Die PIRATEN setzen sich für eine transparente und bürgernahe Politik ein.

Digitale Kultur

Gut informierte Bürger sind die Basis für Demokratie und Freiheit. Genau das muss auf digitale Medien weiter ausgedehnt werden. Wir werden die Digitalkultur in der Region fördern und stärken. Ziel ist es, hier insbesondere die Kompetenz im Umgang mit dem für viele heute schon wichtigsten Kommunikationsmittel, dem Internet, zu vermitteln und auszubauen. Der selbstverständliche Umgang mit dem Internet erlaubt eine Willens- und Meinungsbildung aus einem breiten Spektrum unabhängiger Informationsquellen. Es ist wichtig, dass alle Bürger jeder Altersgruppe die Nutzung digitaler Kommunikation und Technik sicher und souverän anwenden können. Wir möchten die verschiedenen Generationen zusammenbringen um die Kluft zwischen analoger und digitaler Gesellschaft zu überwinden.

Wir wollen:

- Aufklärungsarbeit leisten
- Treffpunkte zum Austausch von Fragen, Meinungen und Hilfen
- Nutzungspotentiale neuer Technik aufzeigen und erschließen
- Risiken und Prävention aufzeigen
- Nutzeranalysen durch Werbetreibende und Unternehmen begegnen
- Gründe und Hilfen für umsichtigen Umgang mit persönlichen Daten im Netz aufzeigen
- Zensur- und Überwachungsmechanismen des Staates erläutern
- Ausspähen durch staatliche Stellen und andere Neugierige begegnen
- Gegenseitige Unterstützung der Bürger fördern
- Ansprechpartner für Lehrer und Dozenten für die Umsetzung und den Ausbau bereits vorhandener Lehrpläne zu diesen Themen zur Verfügung stellen
- Ansprechpartner und Beratung für Eltern
- Beratung zum Thema Onlinesucht

- Vereinfachungen und Falschdarstellungen seitens der Politik und Medien aufdecken und einordnen

(Beispiele sind Onlinespiele, Wahlcomputer, angeblich rechtsfreier Raum des Internets)

- Die strikte Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Barrierefreiheit von Internetauftritten der öffentlichen Hand

Diese Ziele möchten wir mit dafür bereitzustellenden, städtischen Räumlichkeiten und professioneller Infrastruktur umsetzen. Dabei werden wir die verschiedenen Zielvorstellungen der jeweiligen Altersgruppen berücksichtigen. Flankiert werden soll dies durch den Aufbau professioneller Angebote an bereits vorhandenen Einrichtungen. Eine Ergänzung durch Workshops und Seminare zu aktuellen Themen ergänzt die Weiterbildungsmaßnahmen. Digitale Kultur ist auch Netzkultur. Daher müssen alle Angebote durch darauf abgestimmte und damit integrierte Onlineangebote für die Neustadter Bürger abgerundet werden.

Diese Angebote müssen durch entsprechende Werbemaßnahmen in das Bewusstsein der Bürger getragen werden.

Datenschutz auf allen politischen Ebenen

Das Thema spielt in der gesamten Politiklandschaft eine völlig untergeordnete Rolle. Die PIRATEN sind die einzige Partei, die ganz besonders für die Themen Datenschutz und Schutz der Privatsphäre der Bürger eintritt. Das kürzlich verabschiedete Programm zur Landtagswahl 2011 unterstreicht diesen Anspruch in aller Deutlichkeit. Es ist notwendig, sich diesen Herausforderungen auf allen politischen Ebenen (Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik) zu stellen. Die Piratenpartei wird in jeder Phase kommunaler Ausschreibungen, Projekte und Entscheidungen kritisch die Bürgerrechte und den Datenschutz in die Betrachtungen einbeziehen.

Die Erfassung von immer mehr Daten in fast allen Lebensbereichen der Bürger führt zu massiven Problemen. Um diese zu verstehen, ist eine Einzelfallbetrachtung bzgl. der Erfassung nicht zielführend.

Genau das Gegenteil ist der Fall. Viele Daten, die bereits erfasst werden, werden für sich genommen meist als ungefährlich wahrgenommen. Was bei der Diskussion immer wieder ausgeblendet wird, ist die Verknüpfung der Informationssysteme untereinander und die Zuordnung von Daten, die in einem System liegen, zu Daten zu einer Person, die in anderen Systemen hinterlegt sind. Diese Zusammenführung geschieht heute meist noch durch manuelle Eingriffe. Die Automatisierung wird aber bereits umgesetzt. Der gemeinsame Schlüssel für diese Automatisierung der Verknüpfung wurde bereits eingeführt: Die neue, ab der Geburt lebenslang gültige Steuernummer. Eine Personenkennziffer durch die Hintertür des Steuerrechts.

Die verschiedenen Datensammlungen, deren Abgleich und die Rasterung im Falle eines Verbrechens führt sehr schnell dazu, dass gar nicht erst klassische Ermittlungen durchgeführt werden, sondern dass zunächst Datenbanken daraufhin untersucht werden.

Am Ende muss der Bürger seine Unschuld beweisen, da alle Daten darauf hindeuten, dass er im Kreis der Verdächtigen ist.

Wir unterstellen: Wir Bürger sind keine Täter. Auch keine potentiellen. Das Grundgesetz, dessen primäre Aufgabe es ist, den Bürger vor dem Staat zu schützen, stellt nicht umsonst die Unschuldsvermutung in den Vordergrund. Diese wird allerdings mit den angehäuften Datenhalden ausgehebelt und ad absurdum geführt.

Wir fordern:

- Ein kompetentes, gut besetztes Datenschutzbüro, welches in kommunale Projekte eingebunden wird
- Den besten Datenschutz: Datenvermeidung statt -erhebung
- Kürzest-mögliche Fristen für die Aufbewahrung zwingend notwendiger Daten
- Öffentliche, einfach zugängliche und klar verständliche Bereitstellung von Informationen darüber, wo die Verwaltung welche Informationen über welchen Bürger speichert und wie sie diese Daten schützt

Demokratie und Freiheit sind die Basis von allem. Beides braucht effektiven, ernst gemeinten Datenschutz.

Daran muss Politik sich messen lassen. Selbstverständlich auch auf kommunaler Ebene.

Genehmigungspflicht für Videoüberwachung

Seit einiger Zeit ist in Neustadt am Haltepunkt Böbig und am Saalbau eine Überwachungskamera montiert.

Die Kamera am Saalbau soll aufgrund des großen Widerstands bald demontiert werden, aber wie eine Stadtratsfraktion schon angekündigt hat, wird es in naher Zukunft wieder das Vorhaben geben, an dieser Stelle die Videoüberwachung einzuführen. Die PIRATEN sind strikt gegen jede Videoüberwachung an Plätzen ohne polizeilichen Brennpunkt. In Neustadt muss ein Umdenken stattfinden, von der gefühlten Sicherheit hin zu einer konsequenten Abwägung zwischen Sicherheit und der Freiheit des Individuums.

Wir fordern:

- Umkehr der Voraussetzungen für den Betrieb von Kameras: Der Bürger muss sich nicht im Nachhinein dagegen wehren, sondern jeder Betreiber muss sich im Vorfeld umfassend rechtfertigen
- Deutlichere, gut erkennbare und unmissverständliche Kennzeichnung von Geschäften und Gaststätten, die ihre Gäste und Kunden im Innenbereich überwachen
- Entschlossenes Vorgehen gegen jede Kamera, die unerlaubt im öffentlichen Raum angebracht wird

Öffentlicher Personennahverkehr

Flächendeckend behindertengerechte Busse einsetzen

Im öffentlichen Personennahverkehr der Region werden noch immer Busse mit einem hohen Einstieg eingesetzt. Da jedoch gerade ältere und behinderte Menschen auf diese Art der Fortbewegung angewiesen sind, ist ein unbeschwerter Einstieg in die Busse nötig. Wir fordern daher, dass flächendeckend Niederflerbusse oder andere Busse mit einem stufenlosen Einstieg eingesetzt werden.

Damit auch sehbehinderte Menschen den öffentlichen Nahverkehr nutzen können ist es notwendig, dass die Busse mit Ansagen zur aktuellen Haltestelle ausgestattet werden, wie es bereits in Zügen üblich ist.

Park & Ride

Zur Entlastung der Innenstadt soll ein Park & Ride System in Neustadt eingeführt werden. Auf einer der großen Flächen am Rande Neustadts wird dazu ein Parkplatz eingerichtet, Parkgebühren fallen hierfür keine an. Eine spezielle Buslinie soll diesen Parkplatz dann mit wichtigen Örtlichkeiten Neustadts, wie z.B. Hauptbahnhof, Innenstadt und Friedhof, verbinden.

flexible Taktung

Viele Buslinien sind in den Abendstunden nicht voll ausgelastet, dennoch werden die gleichen großen Busse wie zu den Stoßzeiten eingesetzt. Hier bietet sich Einsparpotential. Zur Entlastung der Umwelt und der Betriebskosten sollen auf wenig frequentierten Linien kleinere Busse eingesetzt werden.

Auch soll es eine flexible Taktung geben, das heißt es wird eine Art "Ruf-Bus" eingerichtet. Dieser funktioniert wie die Ruf-Taxis und wird nur bei Bedarf die Strecke bedienen.

Des Weiteren sind die benötigten Kapazitäten gerade zu den von Schülern genutzten Zeiten in den OT zu ermitteln und Bedarfsgerecht auszubauen.

Fahrgastreue im Busverkehr

Fahrgastreue sind ein essentieller Bestandteil einer zuverlässigen Fahrgastbeförderung. Es ist daher notwendig, dass diese auch tatsächlich die Rechte der Fahrgäste stärken und im ausreichendem Maße bekannt sind.

Für viele Menschen ist der Busverkehr die einzige Möglichkeit auch in späten Stunden in die Ortsteile zu gelangen, wir fordern daher für den Busverkehr in der Region verbindliche Fahrgastreue festzulegen. Hierzu wird eine Hotline eingerichtet, welche zu Zeiten an denen Busse verkehren erreichbar ist. Der Anruf zu dieser Nummer muss für den Fahrgast kostenfrei sein.

Jugend

Neustadt ist im Moment für viele junge Menschen und Familien nicht attraktiv. Es fehlt an Ladengeschäften, welche auch für jüngere Generationen ansprechend sind. Aber auch bei der Freizeitgestaltung, beispielsweise an Diskotheken oder anderen Lokalitäten mangelt es.

Die Stadt Neustadt an der Weinstraße muss daher aktiv in den Dialog mit den Jugendlichen treten. Es ist zu prüfen auf welchen städtischen Grundstücken eine Ausweitung des Abendangebots stattfinden kann. Etwaige Grundstücke sollen möglichen Investoren dann mit attraktiven Konditionen angeboten werden.

Auch soll es zu möglichen Lokalitäten auch Nachts eine gute Anbindung an den örtlichen Nahverkehr geben, die Stadt Neustadt an der Weinstraße hat zu diesem Zweck dann einen speziellen Linienverkehr o. ä. einzurichten.

Jugend in Haßloch

Wir unterstützen das Projektes Bikerbahn in Haßloch, wobei die Standortwahl ausschließlich in enger Zusammenarbeit mit interessierten Sportvereinen (wie dem Radsportclub ARC Pfeil) und zukünftigen Nutzern zu treffen ist. (Erläuterung: Durch die Errichtung einer "Testbahn", die laut Medienberichten nicht genutzt wird, wurden letztes Jahr 50.000 Euro buchstäblich in den Sand gesetzt.)

Infrastruktur

Modernisierung der Infrastruktur zur nachhaltigen Steigerung der wirtschaftlichen Attraktivität der Stadt und Verbesserung der Zukunftsfähigkeit.

Statt in nicht benötigte Großprojekte, wie die Untertunnelung des Bahnhofsvorplatzes zu investieren, setzen wir uns für folgende Infrastrukturmaßnahmen ein:

Renovierung Bahnhofsvorplatz

Anstelle eines überdimensional teuren Tunnels sprechen wir uns für eine Renovierung des bestehenden historischen Bahnhofsvorplatzes aus. Für viele Menschen bietet sich auf dem Vorplatz bei ihrer Ankunft in Neustadt kein "guter erster Eindruck". Kaputte Bodenplatten, driste graue Blumenkübel und ein Busbahnhof der die besten Jahre auch schon hinter sich hat.

Der Vorplatz muss daher saniert werden, um dem historischen Stil wieder gerecht zu werden. Auch sollen die Bushaltestellen mit Wartekabinen oder zumindest einer Überdachung ausgestattet werden.

Kanalisation:

Hier sehen wir kurz bis mittelfristig Bedarf für eine grundlegende Sanierung und Kapazitätsaufbau der Neustadter Kanalisation. Indizien dafür sind:

In den letzten Jahren kommt es bei starken und länger andauernden Regenfällen, verstärkt zu Überschwemmungen - durch Rückstau der Kanalisation - bei tiefer liegenden Straßen, sowie von Kellergeschoßen im Baubestand. Ursache dürfte die in der Kernstadt aus der Zeit vor dem

zweiten Weltkrieg stammende und für den damaligen Bedarf ausgerichtete Kanalisation sein. Seitdem fand jedoch, bedingt durch das Bevölkerungswachstum, ein enormer Flächenverbrauch für neue Wohngebiete und eine bauliche Verdichtung (Geschoßwohnungsbau) statt, ohne das dafür eine ausreichende Kapazitätsanpassung erfolgt wäre. Häufig wurden ganze Neubaugebiete einfach an das bestehende System angeschlossen.

Ebenso häuft sich die Zahl der (Wasser-)Leitungsbrüche, die auf eine verfallende Substanz der Kanalisation zurück zu führen ist. Erkennbar an den unzähligen, nur notdürftig geflickten Straßenbelägen.

Straßenbau:

Neustadt hat augenscheinlich, inzwischen wesentlich schlechtere Straßen, wie vergleichbare Städte und Landkreise in der Umgebung.

Deshalb sollten, nach einer erfolgten Kernsanierung des Abwassersystems, in einem ersten Schritt, sämtliche Straßenbeläge der Hauptverkehrs- und Durchgangsstraßen der Kernstadt, sowie der Ortsteile mit neuen und qualitativ hohen Straßenbelägen saniert werden.

Internet:

Bedauerlicherweise ist die Stadt Neustadt auch mit der Ausstattung von hochwertigen und zukunftssicheren VDSL-Internetanschlüssen gegenüber den umliegenden Städten und Gemeinden massiv in Rückstand geraten. Dies wirkt sich hemmend auf die Ansiedlung und den Erhalt von Unternehmungen aus, da in den meisten Branchen ein Internetanschluss mit doppelter DSL-Leistung nicht mehr ausreicht. Auch den derzeitigen Ausbau des mobilen LTE-Netzes erachten wir nur als Übergangslösung, da zu fürchten ist, da dessen Übertragungs- Kapazitäten in wenigen Jahren erschöpft sein dürften (analog zum bisherigen Mobilfunkdatennetz, dessen Übertragungsraten immer häufiger massiv einbricht). Diesem Wettbewerbsnachteil im gewerblichen wie im privaten Bereich sollte durch eine flächendeckende Verlegung modernster Glasfaserkabel (??) beseitigt werden. Hierzu bieten sich folgende alternative Strategien an:

- a) Zweckgebundene Zuschüsse an den Kabelnetzbetreiber und/oder an weitere Internetanbieter.
- b) Unter der Regie der Stadtwerke baut die Stadt Neustadt ein eigenes Glasfasernetz auf. Die Kosten für diese Investition und den Betrieb können langfristig durch die Vermietung der Leitungen und Gebühreneinnahmen erwirtschaftet werden.

Abgasreduzierung in der Innenstadt:

Neben dem oben genannten Park & Ride System setzen wir uns für die Förderung von Elektroautos ein, um die Abgasbelastung in der Kernstadt zu reduzieren:

Durch Einrichtung von speziellen Elektroauto-Parkplätzen mit kostenfreier Auflademöglichkeit und durch kostenlosem parken aller Elektroautos auf öffentlichen Parkplätzen, wollen wir ein Zeichen für Neustadt setzen.

Verbesserung der finanziellen Situation der Stadt:

Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass bei Änderung des Nutzungsrechtes von Grundstücksflächen (hier Bebauungsplan –Ausweisung, oder Änderungen der Geschoßflächenzahl) die damit einhergehende Wertsteigerung von Grundstücken dem Eigentümer in Form von Verkaufserlösen zufließt, während die Stadt und die Einwohner (durch Grundbesitzabgaben) die Kosten zu tragen haben.

Deshalb sind wir für die Erhebung einer Sonderabgabe durch die Stadt, die bis zu 90 % der realisierten Gewinne abschöpft, sofern diese durch Verwaltungsakte ermöglicht werden.

Erläuterung:

- a. Konkret sollen bei der Umwandlung von Ackerland, Wald und Wiesen in Bauland 90% der vom Gutachterausschuss festzustellenden Gewinne (Formel= Preis/qm 10 Jahre vor Kauf/Verkauf oder
- b. letztem KP, zuzüglich Kosten des Alteigentümers (Beispiel: für Vermessung, Bodengutachten etc.) minus Verkaufspreis) an die Stadtkasse abgeführt werden.

Die technische und rechtliche Umsetzung dieser Maßnahme bleibt noch festzulegen.

Ausnahmen wären lediglich bei Aussiedlerhöfen sowie gewerblichen Nutzungen (ohne wohnwirtschaftliche Zwecke) möglich.

Wir setzen uns mittel- und langfristig mindestens für ausgeglichene Haushalte der Städte und Kommunen ein, etwaige Überschüsse sollen zur Reduzierung der öffentlichen Verschuldung genutzt werden.

Vorhandenes Einsparpotential sollte durch entsprechende Wirtschaftsberatungen ermittelt und im Anschluss nach dem Willen der Bürger umgesetzt werden.

Klemmhof-Situation

Die Piraten Mittelhaardt haben sich bereits in 2009 und in 2010 anlässlich eines Rheinpfalzinterviews gegen die Sanierung des Klemmhofes und der Verschwendung von Steuergeldern ausgesprochen:

- das Klemmhofprojekt war bereits vor der Sanierung wirtschaftlich nicht mehr tragbar (veraltete Bau-Konzeption aus den 70igern),
- die dauerhafte Beseitigung der Mängel, ist aufgrund des nicht lösbaren Grundwasserproblems nicht möglich da jede diesbezügliche Sanierungsmaßnahme irgendwann (nach ca. 10 Jahren) wiederholt werden muss.
- Aus finanzieller Sicht ist es verantwortungslos, dass wie derzeit vorgesehen, Millionen in die Modernisierung des Klemmhofes fließen, ohne dass überhaupt feststeht, ob die Bauaufsicht eine weitere Nutzung überhaupt genehmigen wird.
- wir fordern die Einstellung der Modernisierungsmaßnahmen (z.Bsp. Fenstererneuerung) die Abtrennung des "Sparkassengrundstücks" und den Abriss des Hauptgebäudes (ohne Sparkasse). Für die dadurch gewonnene Fläche soll im Rahmen eines offenen Wettbewerbs, unter Beteiligung der Bürger und nach deren Wünschen, eine neue Nutzung gefunden werden.

Wirtschaftsförderung

Das Wirtschaftsleben in Neustadt war und ist historisch und durch das Umfeld geprägt, auf Verwaltung, Weinbau und Tourismus ausgerichtet. Der Bereich Verwaltung befindet sich seit den 1990iger Jahren auf dem Rückzug (Wegfall der Versicherungsverwaltungen, ab 1989, den Wegzug der Post/Telekom, Umstrukturierung im öffentlichen Dienst).

Seitdem hat sich die Stadt einseitig auf die Förderung des Weinbaus und des Tourismus, konzentriert. Neuansiedlungen von produzierendem Gewerbe waren nicht nur infrastrukturbedingt, sondern auch wegen mangelndem Interesse der Verantwortlichen in der Stadtverwaltung an solchen Betrieben, nicht erfolgreich. (Beispiele, die der Stadt im Erfolgsfall erhebliche Gewerbesteuererhöhungen ermöglicht hätten, sind uns bekannt).

Wir wollen nicht das Neustadt nur noch Alters-Ruhsitz und Wohnort für Pendler wird. Wir fordern eine intensivere Bemühung um Ansiedlung von Gewerbe wie bisher. Zunächst sollten die bestehenden Maßnahmen der Stadt zur Wirtschaftsförderung extern evaluiert werden, um Verbesserungspotentiale zu ermitteln und Fehler abzustellen.

Wie man erfolgreich Gewerbe ansiedelt, kann die Stadt nicht nur in den östlichen Bundesländern erfahren, sondern sollte ihren Blick einfach auf Landau oder Speyer richten

Landschaftspflege, Weinbau, Forstwirtschaft

Die Landesregierung plant derzeit eine Ausweitung des Naturparks Pfälzer Wald. So wünschenswert der Natur überlassene, nicht bewirtschaftete Wald- und Freiflächen sind, dürfen deshalb, die Interessen derjenigen, für die die Land- und Forstwirtschaft die Existenzgrundlage darstellt, nicht vernachlässigt werden. Statt der Top-Down Politik der Landesregierung fordern wir die Mitsprache und Entscheidungsrechte der betroffenen Bürger ((aktiven Forst- und Landwirtschaftsbetriebseinheiten)) sowie grundsätzlich eine Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse weg vom Land und hin zu den Landkreisen und Kommunen. Weiter muss eine angemessene Entschädigung der Eigentümer -nach Marktpreisen- vom Land sichergestellt werden.

Feuerwehr : Situation in Neustadt

Die freiwillige Feuerwehr kann bei den Einsätzen tagsüber nur auf einen Teil ihrer Feuerwehrleute zugreifen, da die Stadt den Einsatz ihrer Beschäftigten nicht zulässt. Wir fordern daher die Aufstellung einer Tagesbereitschaft (Staffelbesetzung), die einen Großteil der Einsätze abdecken kann, und somit nicht ständig auf die Freiwilligen angewiesen ist.

Erneuerbare Energie

- Förderung von Photovoltaikanlagen und solarthermischen Anlagen, sowie Windkraft
- Ziel: 100 % erneuerbare Energie bis 2020 in den Gemeinden und Städten
- Ein Biomassezentrum in Haßloch unterstützen wir nur dann, wenn es mit bereits anfallendem Biomüll und Biomasse genutzt werden kann und daraus Biogas entsteht, nicht aber, wenn dazu Biomasse extra angebaut werden soll und Biomasse verfeuert werden soll
-